

LEITARTIKEL



VON ANDREAS NIEMANN

Ohrfeigen für Lindner

Für Finanzminister Christian Lindner kommt es an diesem Mittwoch knüppelnd. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung legt sein Jahresgutachten vor, und nach allem, was man hört, ist dieses gespickt mit Ohrfeigen für den liberalen Finanzminister. Das Sondervermögen zur Finanzierung der Gaspreis- und Strompreisbremse? Intransparent! Entlastungsinstrumente wie der Tankrabatt? Wenig zielgenau! Lindners Steuersenkungspläne zur Abmilderung der kalten Progression? Verfrüht! Die Weigerung der Liberalen, Besserverdiener zur Finanzierung der gewaltigen Kosten der Energiekrise heranzuziehen? Unsolidarisch!

Fast hat es den Anschein, als legte das wichtigste wirtschaftspolitische Beratergremium der Bundesregierung mit seinem Gutachten eine Generalabrechnung mit dem ersten Jahr liberaler Finanzpolitik seit Rolf Dahlgren vor. So hieß der letzte Finanzminister der FDP, der vor 60 Jahren das Amt als oberster Kassenwart der Nation übernommen hatte.

Lindner will seine FDP eigentlich als Hort der wirtschaftlichen Vernunft innerhalb der Bundesregierung inszenieren. Insofern dürften ihn die Vorhaltungen jenes Gremiums, das den ökonomischen Sachverstand schon im Titel trägt, besonders schmerzen. Zumal die Wirtschaftsweisen eine Kritik aufnehmen, die auch in FDP-nahen Milieus weit verbreitet ist.

Kaum ein Mittelständler oder Freiberufler versteht noch, warum der FDP-Chef sich in den Kopf gesetzt hat, den Bundeshaushalt ausgerechnet in einer Zeit zu sanieren, in der die Republik mit der größten wirtschaftspolitischen und geostategischen Herausforderung ihrer Geschichte konfrontiert ist. Selbst der Arbeitgeberpräsident, politisch alles andere als ein Jungsozialist, sah sich gezwungen, öffentlich zu erklären, dass Austerität in der aktuellen Lage womöglich nicht das dringlichste aller Probleme sei. Es war eben auch jenes haushaltspolitische Mantra Lindners, das die Ampel in ihre erste große Krise gestürzt hat. Die von Anfang an verkorkste Gaspreisbremse war nicht zuletzt ein Ergebnis des Bemühens des Finanzministers, seinen Haushalt nicht über Gebühr zu belasten. Am Ende tut Lindner das nun doch, nur dass die neuen Schulden bei ihm „Sondervermögen“ heißen.

Wirtschaftsminister Robert Habeck hingegen hat seinen Grünen eine Menge zugemutet. Allerdings ist Habeck auf halber Strecke stehen geblieben: Die befristete Laufzeitverlängerung für alle drei Atomkraftwerke wollte er seinen Parteifreundinnen und -freunden nicht auferlegen, dafür bedurfte es eines Machtwortes des Bundeskanzlers. Habeck hat dafür bezahlt, seine Beliebtheitswerte gingen zuletzt nach unten. Und auch ihm stellen die Wirtschaftsweisen in der Atomfrage ein schlechtes Zeugnis aus. Womöglich ist die Kritik am Rivalen für Lindner ein kleiner Trost. Retten wird sie ihn nicht.

KOMMENTAR



VON DAMIR FRAS

Berlin ist gefragt

Die ultrarechte Regierung von Giorgia Meloni ist in Italien gerade einmal ein paar Tage im Amt. Und schon zeigt sie, dass sie im Umgang mit Migranten einen knallharten Kurs fahren wird. Tagelang müssen Geflüchtete, die von privaten Rettungsschiffen aus Seenot gerettet wurden, darauf warten, in italienischen Häfen an Land gehen zu dürfen. Das ist ein schikanöser Umgang mit Menschen, der eines Rechtsstaats nicht würdig ist. Aber Italiens neuer Innenminister Matteo Piantedosi geht noch weiter. Er will nur Hilfsbedürftige an Land lassen. Der Rest soll mit den privaten Seenotrettern wieder in internationale Gewässer zurückkehren. Das ist perfide, weil es gegen den Grundsatz verstößt, wonach alle Schutzsuchenden das Recht haben, einen Antrag auf Asyl stellen zu dürfen. Und das geht nur an Land.

Doch Meloni und Piantedosi schieben das Problem einfach weiter. Sie fordern, dass die Staaten, unter deren Flagge die Schiffe der Seenotretter fahren, die Geflüchteten aufnehmen sollen. Die Seenotrettung im Mittelmeer, der tödlichsten Seegrenze der Welt, kann nicht funktionieren, wenn Schiffe zwischen Italien und Libyen Menschen aufnehmen – und sich dann auf den weiten Weg in einen deutschen Hafen machen müssen. In der Zwischenzeit ertrinken andere Menschen im Mittelmeer. Das mag der italienischen Regierung egal sein. Der Bundesregierung sollte es das allerdings nicht. Die Ampelkoalition ist mit dem Ziel angetreten, dass die privaten Seenotretter im Mittelmeer nicht mehr in ihrer Arbeit behindert werden. Jetzt ist die Zeit gekommen, der Ankündigung Taten folgen zu lassen. Wo bleibt die Initiative aus Berlin, die Seenotrettung endlich wieder zu einem gemeinsamen Anliegen der EU-Staaten zu machen?



Verraten vom Staat – zweimal

Die Rostockerin Kerstin Seifert kam 1985 in der DDR aus politischen Gründen in Haft. Heute lebt sie in Bonn und findet dort wenig Verständnis für ihre Geschichte. Um eine Entschädigung kämpft die alleinerziehende Mutter von zwei Söhnen noch immer. Ein deutsches Schicksal.



Freigekauft von der Bundesrepublik – aber nie frei geworden: der „Entlassungsschein“ des 22-jährigen DDR-Opfers Kerstin Seifert. Die 58-Jährige heute bei einem Besuch an der Ostsee.

FOTOS: MARKUS DECKER

VON MARKUS DECKER

BERLIN. Der Entschluss stehe fest, unwiderruflich. „Ich werde keinerlei Begutachtung mehr zulassen“, sagt Kerstin Seifert. Sie fühle sich nicht nur „nicht wahrgenommen“, sondern „vergessen“. Dabei will sie genau das Gegenteil: als Mensch mit einer besonderen Geschichte endlich „gesehen werden“. Doch wie im vergangenen Jahr fünf Stunden lang Objekt einer Gutachterin zu sein und sich wie so oft schon schuldig zu fühlen, ohne dass etwas dabei herauskommt – nein, das will die 58-Jährige auf gar keinen Fall noch einmal erleben.

Kerstin Seifert wurde 1964 in Stendal geboren, wuchs in Rostock auf und geriet noch als Teenagerin in die Fänge des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit. So wie der 58-Jährigen geht es 33 Jahre nach dem Mauerfall immer noch Hunderten, wenn nicht Tausenden im vereinigten Deutschland: Sie wurden in der Deutschen Demokratischen Republik schikaniert, unterdrückt, eingesperrt – aber die Schäden, die sie unter der Tortur davontrug, wurden nie anerkannt. Versuche, das zu ändern, sind bis heute gescheitert.

Liebe, Haft, Zwangsarbeit

Es fing alles mit einer Liebe an. Die 19-jährige Kerstin lernt 1983 in einer Diskothek in Rostock-Warnemünde einen jungen Westdeutschen kennen. Die beiden treffen sich heimlich, schreiben einander, verändern einander. Die junge Frau tritt unter dem Einfluss des Freundes in die katholische Kirche ein und bekommt zunehmend Kontakt zu Menschen, die unzufrieden sind mit den Verhältnissen im real existierenden Sozialismus.

Bald nimmt die Stasi Kerstin Seifert, die an der Universität Rostock als Biologielaaborantin arbeitet, ins Visier. Sie soll eine Freundin ausspionieren. Später wird sie zu Verhören geholt, man nimmt ihr den Ausweis weg, sodass sie ihren Wohnort nicht mehr verlassen darf, um sich mit ihrem Freund zu treffen. 1984 stellt Seifert einen Ausreiseantrag, schreibt Beschwerden, auch an Staats- und Parteichef Erich Honecker, in

denen sie sich auf die KSZS-Schlussakte von Helsinki bezieht, die den Bürgern aller Unterzeichnerstaaten Menschenrechte garantiert. Eigentlich.

Damit geht die Verfolgung jedoch erst richtig los. 1985 wird Seifert frühmorgens von der Stasi verhaftet, „zur Klärung eines Sachverhalts“, sitzt vier Monate in Untersuchungshaft in Rostock und sechs Monate im Frauengefängnis Hohenleuben bei Gera. Dort muss sie in einer Näheren Zwangsarbeit leisten, 1000 Taschentücher am Tag. Sie leidet unter Schlafentzug, Kälte, mangelnder Hygiene, bekommt Ohnmachtsanfälle und Beruhigungsmittel. Sie fühlt sich „wie der letzte Dreck behandelt“. Im Mai 1986 kauft die Bundesrepublik die Inhaftierte frei.

Nur stellt Kerstin Seifert fest, dass das Leiden damit kein Ende hatte.

„Bei den Leuten im Westen war wenig Interesse da“, sagt sie. „Ich habe schnell gemerkt, dass es besser ist, wenn ich nicht rede.“ Stattdessen versucht die Rostockerin, die seit dem Jahr 2000 in Bonn lebt, beruflich und gesellschaftlich Fuß zu fassen. Sie macht eine weitere Ausbildung als veterinärmedizinisch-technische Assistentin, heiratet, bekommt zwei Kinder. Aber Normalität kehrt nicht ein.

Seifert wird oft krank, ihre erste Ehe geht kaputt, danach die zweite und die dritte. „Je näher mir jemand kam, desto schwieriger wurde es“, sagt sie. Suizidgedanken werden normal. 2009 holt sich Seifert erstmals Hilfe und geht in eine Klinik, „um aus dem tiefen Tal der Verzweiflung rauszukommen“. Da wird ihr bewusst, dass das

Leiden chronisch ist – und aus der DDR-Erfahrung herrührt. Allein jene, die das auch so hätten sehen müssen, sehen es anders. Und damit wird aus diesem Einzelfall ein typischer Fall.

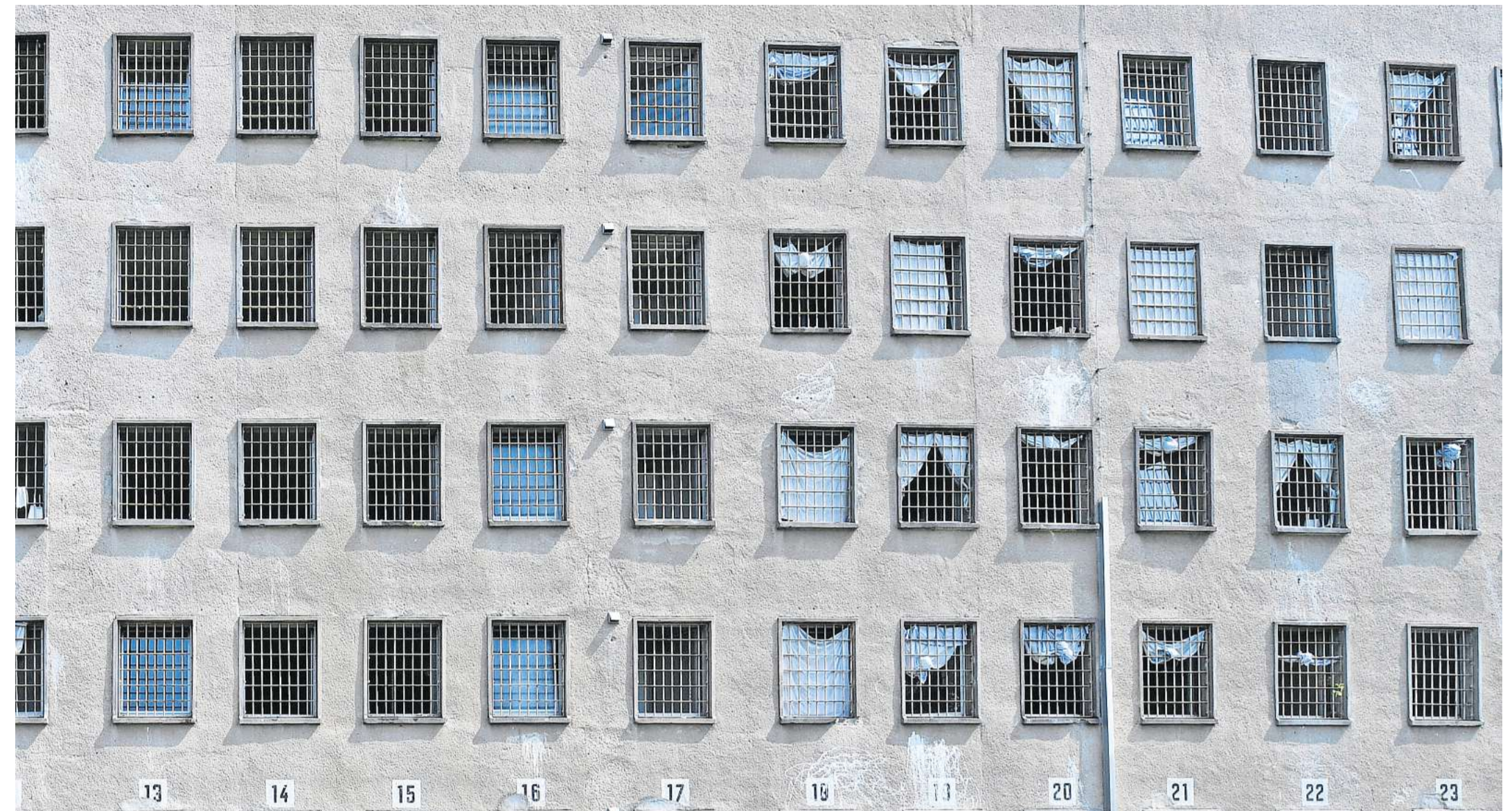
Kerstin Seifert hat ihren Gesundheitszustand als Konsequenz der Haft anerkennen lassen wollen. Aber ihr Antrag wird nach Begutachtung durch einen Sachverständigen vom zuständigen Landschaftsverband Rheinland abgelehnt. Die eingangs erwähnte Gutachterin attestiert der Frau „eine Persönlichkeitsstörung mit einem übermäßigen Wunsch nach Entschädigung“.

Nun läuft ein Verfahren vor dem Sozialgericht Köln, mit dem es wiederholt Konflikte gab. So wurde Seiferts Vorschlag, einen Experten für gesundheitliche Folgen von politischer Haft zu bestellen, abschlägig beschieden. Das alles frustriert sie.

Ihr Frust deckt sich mit dem Frust derer, die die Interessenvertretung von Betroffenen sich auf ihre Fahne geschrieben haben. Die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur, Evelyn Zupke, hat dem Parlament eine Regelung vorgeschlagen, die sich am Umgang mit Gesundheitschäden bei im Auslandseinsatz traumatisierten Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr orientiert. Wo es Unterdrückung gab und einen gesundheitlichen Schaden, soll die Unterdrückung als Ursache angenommen werden.

Im Zweifel für das Opfer

Der Vorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Dieter Dombrowski, verweist auf das geltende Gesetz, in dem steht: „Zur Anerkennung einer Gesundheitsstörung als Folge einer Schädigung genügt die Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhangs. Wenn die Wahrscheinlichkeit nur deshalb nicht gegeben ist, weil über die Ursache des festgestellten Leidens in der medizinischen Wissenschaft Ungewissheit besteht, kann mit Zustimmung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales die Gesundheits-



Ort des Schreckens: 1984 saß Kerstin Seifert im Frauengefängnis im thüringischen Hohenleuben ein. Hier musste sie auch Zwangsarbeit verrichten.

FOTO: MARTIN SCHUTT/DPA

störung als Folge einer Schädigung anerkannt werden.“

Doch „die Zustimmung erfolgt nie“, beklagt Dombrowski. „Am Ende scheitern die Antragsteller immer vor Gericht. Denn vor Gericht zählen Beweise. Deshalb ist der Gesetzgeber gefordert, da klarstellend tätig zu werden.“

Dass ein Problem besteht, beweisen die Zahlen, die Zupke und ihre Mitarbeiter gesammelt haben. Im Saarland, in Hamburg und in Bremen ist demnach seit 2015 keinem einzigen verfolgten DDR-Bürger eine Anerkennung durch die zuständigen Versorgungsämter zugesprochen worden. Bei den westdeutschen Ländern hatten Bayern mit 27 Prozent und Baden-Württemberg mit 16 Prozent noch die besten Werte. Bei den ostdeutschen Ländern ist Sachsen-Anhalt das Schlusslicht mit nur einem Betroffenen, der zwischen 2015 und 2021 eine Beschädigtenversorgung bewilligt bekam – bei insgesamt 100 Anträgen. Dahinter liegen Brandenburg mit 15 und Mecklenburg-Vorpommern mit 18 Prozent.

Und: Den wenigen Betroffenen, die überhaupt Entschädigung erhalten, wird in der Regel ein niedrigerer Grad an Beschädigung zugesprochen, als beantragt wurde. Die Konsequenz: weniger Geld.

Derweil zeigen auch die Zahlen des Bundearchivs, unter dessen Dach sich die ehemalige Stasi-Unterlagen-Behörde mittlerweile befindet, dass das Thema virulent bleibt. Dort gingen allein in diesem Jahr bis Ende September 1243 Anfragen auf Wiedergutmachung ein. Seit Dezember 2019 sei es im Übrigen so, „dass sich die zuständigen Rehabilitierungsbehörden öfter als zuvor mit Ersuchen um Mitteilung an unser Haus wenden“, teilt ein Sprecher mit.

Mit Kulturstaaatsministerin Claudia Roth (Grüne) und dem Ostbeauftragten Carsten Schneider (SPD), sagt Dombrowski, habe es „sehr gute Gespräche“ über eine Veränderung zum Besseren gegeben. „Aber der Justizminister interessiert sich überhaupt nicht für das Thema. Er hat auf die Fachbene verwiesen. Die Beamten dort bleiben die gleichen. Und

wenn der Chef seinen Leuten nicht grünes Licht gibt, dann machen die ihren Stiefel weiter.“

Wenig Wissen im Westen

Die Misere prägt Kerstin Seiferts Leben. Sie erfährt „immer wieder Ohnmacht und das Gefühl, nicht richtig zu sein“ – so wie in der DDR. Generell gebe es im Westen der Republik kaum Wissen darüber, wie die Haftbedingungen für politische Häftlinge in der DDR gewesen seien: die Isolation, die Verhöre bei Tag und Nacht, die Bespitzelung untereinander durch „Zelleninformanten“, die permanente Ungewissheit.

„Wenn man davon noch nie gehört hat und davon ausgeht, dass politische Haft in der DDR vergleichbar war mit dem modernen Strafvollzug von heute, dann versteht man möglicherweise auch das Leid von uns Betroffenen nicht“, sagt sie. Andererseits: Zurückgehen in den Osten – das kann Seifert nicht. Zu viele Erinnerungen.

Und schließlich sind da ihre Söhne, 15 und 17, denen sie wegen langer Arbeitslosigkeit materiell wenig bieten kann. Die Mutter schläft im Wohnzimmer, damit jeder der Söhne ein eigenes Zimmer haben kann. Doch als sie mal zu einem ihrer Söhne sagt: „Ich stehe hinter dir“, da erwidert er: „Du warst doch meistens gar nicht da.“

Auch das ist Teil dieses deutsch-deutschen Schicksals. Seifert kommt nur noch mit Schlafmitteln durch die Nacht und in der Arbeitswelt gar nicht mehr zurecht. „Ich werde immer noch dafür bestraft, dass ich mich in der DDR gewehrt habe.“ Immerhin, fügt sie hinzu, habe Evelyn Zupke zugehört, die Opferbeauftragte des Bundestages. Und weil es in Nordrhein-Westfalen keine Anlaufstelle für DDR-Opfer gibt, wird sie heute von der Aufarbeitungsbeauftragten in Sachsen-Anhalt betreut.

Ohnehin sei sie unter den Verfolgten ja eine der Jüngsten gewesen, sagt Kerstin Seifert. Andere lebten gar nicht mehr. „Geschichten wie meine müssen erzählt werden“, findet sie – damit die Geschichte als Ganzes nicht in Vergessenheit gerät.

„Es beschämt mich, was viele der Betroffenen erleben“

Die Beauftragte für die SED-Opfer fordert ein vereinfachtes Verfahren zur Anerkennung der Haftschäden

Frau Zupke, auch 33 Jahre nach dem Fall der Mauer kämpfen viele Menschen, die in der DDR aus politischen Gründen in Haft saßen, um Anerkennung und Entschädigung. Wie nehmen Sie das wahr?

Es beschämt mich zutiefst, wenn ich sehe, was viele der Betroffenen erleben müssen. Beispielsweise ist es in Sachen-Anhalt in den letzten sechs Jahren nur einem einzigen Betroffenen gelungen, seine Gesundheitsschäden anerkennen zu lassen. Gleichzeitig zermürben die mehrgliedrigen Verfahren die Betroffenen. Das muss sich ändern.

Worauf führen Sie die aktuelle Lage zurück?

Neben den zu hohen Hürden im Nachweis der Kausalität ist ein wichtiger Aspekt, dass immer wieder in den Verfahren Akten aus der DDR, wie beispielsweise Haftakten oder die Akten der Jugendhilfe, zur Begutachtung von Betroffenen und zur Entscheidung über ihre Entschädigungsanträge herangezogen werden. Doch eine kritische Auseinandersetzung mit der Herkunft der Unterlagen und den Umständen ihres Zustandekommens findet nicht statt. Dabei sollte sich kein Amt in einer Demokratie in seinen Entscheidungen maßgeblich auf das stützen, was die Ärzte in den Gefängnissen einer Diktatur in den Akten geschrieben haben.

Was schlagen Sie vor, damit sich die Situation für die Betroffenen verbessert?

Ich werde für eine grundsätzliche Vereinfachung des Verfahrens. Ich habe dem Bundestag hierfür einen konkreten Vorschlag vorgelegt, der angelehnt ist an die Regelungen, die schon jetzt für die in den Auslandseinsätzen kör-

perlich und psychisch geschädigten Soldaten gelten.

Was bedeutet das konkret?

Im Mittelpunkt meines Vorschlags stehen ein Katalog an Erkrankungen und eine Übersicht an möglichen schädigenden Ereignissen. Wenn das diagnostizierte Krankheitsbild den benannten Kriterien entspricht und der Betroffene eines der aufgeführten und schädigenden Ereignisse, wie beispielsweise politische Haft, nachweisen kann, sollten keine weiteren Begutachtungen oder sonstigen Hürden mehr zu überwinden sein. Ein solches Verfahren wäre schneller und einfacher. Und es wäre auch gerechter.

Wie steht es mit der Umsetzung Ihres Vorschlags?

Ich habe gegenüber dem Bun-

Kein Amt in einer Demokratie sollte sich maßgeblich auf das stützen, was die Ärzte in den Gefängnissen einer Diktatur in den Akten geschrieben haben.

destag zweimal auf die Notwendigkeit von Veränderungen hingewiesen und mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Thema in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. In meinem Jahresbericht habe ich dem Parlament einen konkreten Vorschlag vorgelegt – so wie ich ihn eben beschrieben habe. Um dafür zu werben, war ich wiederum im Rechtsausschuss, im Petitionsausschuss, im Menschenrechtsausschuss, im Gesundheitsausschuss, im Ausschuss für Familie, Frauen, Jugend und Senioren und – mit Blick auf die Dopingopfer – im Sportausschuss des Bundestages. Schließlich habe ich den Änderungsbedarf auch dem federführenden Bundesjustizministerium gegenüber aufgezeigt – und führe im Hintergrund eine Vielzahl an Gesprächen mit Abgeordneten, um für eine klare Position der Koalitionsfraktionen zu werben.

Glauben Sie, dass Ihr Einsatz noch Früchte trägt?

Ich hoffe es. Es wäre im Interesse der Betroffenen.

Interview: Markus Decker



Ortstermin: Opferbeauftragte Evelyn Zupke, einst DDR-Bürgerrechtlerin, in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

FOTO: WOLFGANG KUMM/DPA